



IRAK UND SYRIEN

Christen in Angst

Menschenrechtsreport Nr. 86
Juni 2019



Gesellschaft für
bedrohte Völker

Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0
Fax: +49 551 58028
E-Mail: info@gfbv.de
Internet: www.gfbv.de

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE07 2512 0510 0000 5060 70
BIC: BFSWDE33HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den Vereinten Nationen und mit mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros und Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Sarajevo/Srebrenica.

Autor: Dr. Kamal Sido

Titelfoto: Dr. Kamal Sido

Redaktion: Inse Geismar und Lina Stotz

Titelblatt-Layout: Tanja Wieczorek

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im Juni 2019

Irak und Syrien – Christen in Angst

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Christen im Irak.....	4
2.1 Keine uneingeschränkte Glaubensfreiheit	5
2.2 Christen in Bagdad und Mossul.....	7
2.3 Christen in Kurdistan	10
2.4 Handlungsempfehlungen und Forderungen an die Zentralregierung in Bagdad und an die Regionalregierung in Kurdistan:	14
3. Christen in Syrien	16
3.1 Christen unter Baschar al-Assad.....	19
3.2 Die syrische Rebellion und die Christen	21
3.3 Christen im Machtbereich der SDF.....	27
3.4 Die Flucht der Christen aus Syrien.....	31
3.5 Handlungsempfehlungen und Forderungen an die Autonome Selbstverwaltung in Nordsyrien und die SDF.....	32
4. Handlungsempfehlungen und Forderungen an die deutsche Bundesregierung.....	32

Irak und Syrien – Christen in Angst

1. Einleitung

Wenn heute von Irak oder Syrien gesprochen wird, muss dringend berücksichtigt werden, dass diese beiden Länder als einheitliche politische Gebilde nicht mehr existieren. Auch wenn sie Mitglieder der UNO sind, kann von einer vollständigen Souveränität dieser beiden mehrheitlich arabisch-muslimischen Staaten nicht gesprochen werden. Im Falle des Irak, in dem heute nur noch 150.000 Christen leben, wird immer noch von einem arabischen und einem kurdischen Irak gesprochen. Hinzu kommen große Unterschiede zwischen Regionen mit schiitischen Mehrheiten im Süden und sunnitischen Mehrheiten im Westen des Landes. Seit dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein durch den US-amerikanischen Einmarsch 2003 wurde das sogenannte „sunnitische Dreieck“ an der Grenze zu Syrien bzw. Jordanien weitgehend von unterschiedlichen sunnitischen Gruppen beherrscht, zuletzt von 2014 bis 2017 vom „Islamischen Staat“ (IS). In diesen „sunnitischen“ Gebieten, mit Ausnahme des Gouvernements/der Provinz Ninawa mit ihrer Hauptstadt Mossul, lebten kaum Christen.

Die Lage in dem vom Bürgerkrieg erschütterten Land Syrien ist noch komplexer als im Irak. Die Revolte vom März 2011, die in einen brutalen Bürgerkrieg mündete, führte nach und nach zum faktischen Zerfall des Staates. Im Bürgerkriegsland Syrien leben heute nur etwa 500.000 bis 700.000 Christen. Die Arabische Republik Syrien ist heute (März 2019) in mindestens fünf Machtbereiche geteilt: Der größte Teil des Landes, etwa 58 Prozent, ist unter Kontrolle des Regimes von Baschar al-Assad; etwa 27 Prozent werden von den „Syrischen Demokratischen Kräften“ (SDF) kontrolliert. Die SDF sind ein Militärbündnis, das von Kurden angeführt wird. Etwa elf Prozent Syriens werden von „Hai'at Tahrir asch-Scham“ (HTS), einem Ableger des Terrornetzwerkes al-Qaida, beherrscht; etwa drei Prozent sind von der Türkei besetzt und der Rest wird von den USA oder anderen Rebellen gehalten. Der IS hat bis Frühjahr 2019 nahezu alle „seiner“ Gebiete entweder an die SDF oder an die syrische Armee verloren. Dementsprechend ist die Lage der Christen im Irak und in Syrien davon abhängig, wer gerade das Gebiet oder die Ortschaft, die von Christen besiedelt ist, beherrscht.¹

¹ Der Syrienteil dieses Reports wurde zum Teil veröffentlicht auf <https://www.heise.de/tp/features/Syrien-Christen-in-Angst-4401137.html?seite=all>

Irak und Syrien – Christen in Angst

Die Angaben dieses Berichtes basieren auf Gesprächen, die GfbV-Mitarbeiter vor Ort im Irak und in Syrien geführt haben.

2. Christen im Irak

Die Christen im Irak gehören verschiedenen Kirchen wie der Chaldäischen, der Altapostolischen Kirche des Ostens, der Assyrischen, der Syrisch-Orthodoxen, der Syrisch-Katholischen und anderen kleineren christlichen Kirchen an. Fast alle Christen gehören einer ethnischen Gruppe an, die verschiedene Namen hat.² In diesem Bericht wird diese Volksgruppe als Assyrer-Chaldäer-Aramäer oder nur als „Christen“ bezeichnet. Die Assyrer-Chaldäer-Aramäer und die Mandäer³, auch eine nicht-muslimische Minderheit, sind die eigentlichen Ureinwohner (besser: indigene Bewohner) des Iraks. Sie gehören weltweit zu den ältesten christlichen Gemeinschaften und sprechen als einzige noch die Sprache Jesu: Aramäisch. Diese Gemeinschaft ist jetzt allerdings vom Aussterben bedroht: Vor dem ersten Irak-Krieg stellten Christen noch etwa zehn Prozent der Bevölkerung, vor dem zweiten Krieg noch etwa fünf Prozent. Heute gehen wir von nur 150.000 Christen aus, die noch im Irak leben. Diese Zahl entspricht etwa 0,39 Prozent der gesamten irakischen Bevölkerung, die etwa 38 Millionen Menschen umfasst. Es wird befürchtet, dass es bis 2020 im Irak keine Christen mehr geben wird.

Während der Herrschaft Saddam Husseins teilten die Assyrer-Chaldäer-Aramäer im Nordirak das Schicksal der Kurden. Sie wurden Opfer von Giftgasangriffen, Massakern und Zwangsumsiedlungen, erlebten die Zerstörung ihrer Dörfer und flüchteten im Januar 1991 gemeinsam mit den Kurden in die schneebedeckten Bergregionen der Türkei und des Iran.

Nach dem Einmarsch der US-amerikanischen Truppen 2003 kam es immer wieder zu gezielten Anschlägen auf Christen im Irak. Die Täter waren in der Regel Islamisten. Christen wurden und werden, wie auch andere Volksgruppen, Opfer von Entführungen und Morden. Auf ihre Kirchen werden Bombenattentate verübt. Christen wurden und werden Opfer systematischer

² Ihre alte Heimat bezeichnen die Assyrer-Aramäer-Chaldäer unterschiedlich: „Beth Nahrain“ (deutsch: Das Haus zwischen zwei Flüssen), „Mesopotamien“, „Assyrien“ oder „Aram“. Mit zwei Flüssen sind die biblischen Ströme Euphrat und Tigris gemeint.

³ Der Irak war schon immer auch die Heimat der religiösen nicht-muslimischen Minderheiten der Yeziden und Mandäer.

Irak und Syrien – Christen in Angst

Verfolgung auf Grund ihrer Religionszugehörigkeit. Ihnen wurde vorgeworfen, mit den amerikanischen Besatzern zu kollaborieren, für sie zu arbeiten und daher mehr Geld zu besitzen als die übrige Bevölkerung. Seit 2003 sind im Irak tausende Christen durch Anschläge extremistischer Muslime getötet worden. Mindestens 70 Kirchen wurden durch Bombenanschläge zum Teil vollständig zerstört, 15 Priester ermordet. Dora, das ehemalige Zentrum der Christen in der irakischen Hauptstadt Bagdad, mit seinen vielen Kirchen und dem Zentrum der Priesterausbildung ist inzwischen zum Teil verwaist. Von den ehemals 500 Kirchen im Irak sind heute nur noch 57 geöffnet. Doch auch in diesen bleiben sonntags die Bänke in der Regel leer.

2.1 Keine uneingeschränkte Glaubensfreiheit

„Kein Gesetz darf verabschiedet werden, das gegen die Vorschriften des Islam und seines Rechtssystems verstößt“, lautet ein Punkt in Artikel 2 der irakischen Verfassung, die am 15. Oktober 2005 per Volksentscheid angenommen wurde.⁴ Ein anderer Punkt dieses Artikels der Verfassung „garantiert“ allen religiösen Minderheiten Glaubensfreiheit. Gleichzeitig wird aber der Islam zur „Staatsreligion“ erklärt. Diese Diskrepanz ist ein nahezu unlösbares rechtliches Problem, mit dem Christen, aber auch andere Nicht-Muslime oder Frauen im Irak zu kämpfen haben. Das islamische Scharia-Recht ist ein zentraler Bezugspunkt bei der Verabschiedung von Gesetzen geblieben, die nicht nur für Muslime, sondern auch für Christen gelten. Auch wenn die multiethnische, multireligiöse und multikonfessionelle Ausrichtung des Landes in Artikel 3 festgelegt und Christen, Yeziden⁵ und Mandäer in Artikel 2 der Verfassung erwähnt werden, bleibt das Spannungsverhältnis bestehen, das durch konservative Richter oder Parlamentsmehrheiten von schiitischen und sunnitischen Parteien genutzt werden kann, um die Freiheiten von Christen, Yeziden und Mandäern einzuschränken. Dies geschieht auch tatsächlich. So hat die Regierung von Nuri Maliki, der der islamischen Dawa-Partei angehört, „Ende 2015 ein Gesetz (erlassen), das christliche und alle anderen nicht-muslimischen Kinder

⁴ https://www.constituteproject.org/constitution/Iraq_2005.pdf?lang=en

⁵ Angehörige der yezidischen (Jesiden, Êziden) Religionsgemeinschaft sprechen in der Regel Kurdisch (Kurmanci). Yeziden sind eine ethno-religiöse Gruppe und eine homogene eigenständige Glaubensgemeinschaft. Ihre historische Heimat ist Kurdistan. Heute leben im Irak, in der Türkei, in Syrien, in Russland, in Armenien, in Georgien sowie im Exil wie z. B. in Deutschland. Die Yeziden betrachten sich entweder als ethnische Kurden oder nur als Yeziden.

Irak und Syrien – Christen in Angst

rechtlich verpflichtet, Moslem zu werden, wenn ihre Väter zum Islam konvertieren oder wenn ihre christlichen Mütter einen Moslem heiraten“.⁶ Diese Regierung hat auch dazu beigetragen, dass im Februar 2014 ein Gesetz auf den Weg gebracht wurde, das die Heirat von Minderjährigen erlaubt.

Im Juli 2018 warfen irakische Christen dem Ministerium für Erziehung ihres Landes vor, in den Schulen auch im Fach arabische Sprache islamistisches Gedankengut zu verbreiten. In den sozialen Medien kursierten Prüfungsblätter für Arabisch, aus denen hervorgeht, dass christliche, yezidische und mandäische Schülerinnen und Schüler mit Aufgaben konfrontiert werden, die leicht missverstanden werden können und Gewalt gegen Andersgläubige scheinbar rechtfertigen. So mussten Schüler in ihren Prüfungen neben vielen Versen aus dem Koran auch einen poetischen Vers grammatikalisch deuten, in dem faktisch die Gewaltideologie des „Islamischen Staates“ (IS) propagiert wurde. Der poetische Vers heißt wörtlich: „Lasst sie töten außer die kleinen Kinder und die Alten!“ Auch in den Fächern Geschichte oder Sozialkunde war islamistisches Gedankengut im Unterrichtsstoff zu finden.⁷ Diese Schulpolitik im Irak ist sehr gefährlich. Sie könnte bei den Christen, Yeziden und Mandäern das Gefühl verstärken, dass man sie zu islamisieren versucht. Wenn verhindert wird, dass die Schülerinnen und Schüler kritisch über historische Zusammenhänge, andere Kulturen und Religionen aufgeklärt werden, entwickeln sie auch kaum Toleranz gegenüber Nicht-Muslimen. Themen wie der Völkermord an den christlichen Armeniern, Assyrern-Chaldäern-Aramäern im Osmanischen Reich 1915 oder der Holocaust dürfen auch im Irak nicht tabu bleiben.

Angesichts der Islamisierungstendenzen denken viele Christen, Yeziden und Angehörige anderer Minderheiten im Irak über eine Flucht oder Auswanderung aus ihrem Land nach. Nach dem Erstarken des IS 2014 bis Ende 2017 sollen mindestens 15.000 christliche Familien aus dem Irak und Syrien nach Europa, Australien, USA und Kanada ausgewandert sein. Auch wenn der radikale sunnitische Islam, dem die IS-Mitglieder angehören, bis Ende 2018 die größte Gefahr für die Christen und andere religiösen Minderheiten darstellte, bleibt der schiitische Islam nicht weniger gefährlich für die ethnische und religiöse Vielfalt des Landes, wenn er sich

⁶ <https://de.gatestoneinstitute.org/13227/ausloeschung-christen-irak>

⁷ <https://www.gfbv.de/de/news/irak-islamistisches-gedankengut-im-schulunterricht-9255/>

Irak und Syrien – Christen in Angst

radikalisiert und die Oberhand gewinnt. Christen werden für sich keine Zukunft mehr im Irak sehen, solange der Einfluss des radikalen Islam nicht spürbar begrenzt wird. Seit dem Jahr 2015 ist die Zahl der Christen dort von 275.000 auf nur noch etwa 150.000 zurückgegangen.

2.2 Christen in Bagdad und Mossul

Bagdad war schon immer ein Zentrum der irakischen Christen. In der ganzen Stadt verstreut gibt es immer noch Dutzende christlicher Kirchen. In den vergangenen Jahren wurde jedoch berichtet, dass einige Kirchengebäude verkauft wurden. Dies ist ein Zeichen dafür, dass viele Gläubige Bagdad verlassen haben.⁸

Seit dem US-Einmarsch im Jahr 2003 und aufgrund der sich im ganzen Irak ausbreitenden Milizen und Terroristenorganisationen gerieten Christen vor allem in Bagdad zwischen die Fronten. Immer wieder kam es dort zu gezielten Übergriffen auf Christen. Die andauernden Anschläge und die Verschärfung der humanitären Lage in Bagdad wie im gesamten Irak, die im März 2008 vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes als die schlimmste humanitäre Situation der Welt bezeichnet wurde, hatte weitreichende Auswirkungen auf das christliche Leben in der irakischen Hauptstadt und im gesamten Land. Zwei Jahre zuvor wurde die Lage der Christen im Irak von der GfbV als „die größte Christenverfolgung der Gegenwart“ bezeichnet. Ein Jahr später veröffentlichte unsere Menschenrechtsorganisation einen Report mit dem Titel: „Die größte Christenverfolgung der Gegenwart – Exodus der Assyrer-Chaldäer-Aramäer aus dem Irak“.⁹

Wie viele Christen vor 2003 allein in Bagdad lebten, ist nicht bekannt. Es waren aber mindestens 100.000. Heute soll es dort nur noch 1.500 Christen geben. Die meisten von ihnen leben im Stadtteil **Dora**, der auf der rechten Seite vom Tigris im Süden der Hauptstadt liegt. Dora ist ein wichtiges Industriegebiet. Das ist der Grund, warum die meisten Bagdader Christen dort zu Hause waren.

Auch im gegenüberliegenden Stadtteil **Karrada**, auf der linken Seite des Tigris, leben noch einige Christen. Auch hier wurden christliche Einrichtungen immer wieder Ziel von Anschlägen radikaler Muslime. Einer der schlimmsten Anschläge passierte am 31. Oktober 2010. Damals

⁸ <http://www.fides.org/de/news/65353>

⁹ https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2007/0607report_christen.pdf

Irak und Syrien – Christen in Angst

stürmten bewaffnete Männer des „Islamischen Staates“ bzw. von Al- Qaida die syrisch-katholische Sayidat-al-Nejat-Kathedrale und nahmen viele Menschen als Geiseln. Bei der anschließenden Befreiungsaktion der irakischen Sicherheitskräfte kamen 68 Menschen ums Leben und etwa 60 wurden verwundet.

Weiter nördlich am Tigris liegt die nordirakische, überwiegend von sunnitischen Arabern bewohnte Metropole **Mossul**. Hier sollen vor 2003 über 50.000 Christen gelebt haben. 2010 hatte Mossul insgesamt drei Millionen Einwohner. Nach und nach haben viele Christen die Stadt verlassen. Sie gingen nach Irakisch-Kurdistan. Im Sommer 2014, als der IS Mossul angriff, betrug die Anzahl der Christen etwa 25.000.

In Mossul gab es rund 35 Kirchen und Klöster, die zum Teil Jahrhunderte alt waren. Viele christliche Gotteshäuser wurden in den vergangenen Jahren durch die Kämpfe stark beschädigt oder durch Anschläge von Islamisten zerstört. Im Sommer 2014 griff der IS Mossul an. Nahezu alle Christen, Yeziden und die Angehörigen der schiitischen Shabak-Minderheit¹⁰ mussten die Stadt Richtung Kurdistan verlassen. Der IS hat die Häuser und Grundstücke von Christen und Schiiten in Mossul mit verschiedenen Zeichen gekennzeichnet. Einige Christen berichteten GfbV-Mitarbeitern damals, dass viele christliche Gebäude mit dem arabischen Buchstaben „N“ markiert worden seien. „N“ steht für „Nasara“ und heißt übersetzt „Christen“. Nach der Eroberung Mossuls rückten die Radikalislamisten des IS in die sogenannte **Ninive-Ebene**. Die Ninive-Ebene ist eine Region in der irakischen Provinz Ninawa. Im Süden und im Westen grenzt sie an die Stadt Mossul. Die Ebene besteht aus drei Distrikten: Tel Kaif, Al-Hamdaniya und asch-Schichan. In der Gegend befinden sich auch die antiken assyrischen Ruinen der Städte Ninive, Nimrud und Dur Sarrukin.

Christen in den Städten und Dörfern dieser Ebene bildeten bis zum IS-Überfall eine große Minderheit. Da die Region in der Antike ein Teil des Assyrischen Reichs war, wollen viele Christen in der Ninive-Ebene eine autonome Region bilden. Diese Frage wird jedoch sowohl in Bagdad als auch in Kurdistan kontrovers diskutiert. Durch den brutalen Überfall des IS und die Massenflucht der Christen aus dieser Region sind die Autonomiebestrebungen der

¹⁰ Die Shabak sind eine „Schabakisch“ sprechende ethno-religiöse Volksgruppe und eine heterodoxe Glaubensgemeinschaft im Norden des Irak. Die Shabak sind entweder Schiiten oder Sunniten. Ein Teil der Shabak betrachtet sich als Kurden.

Irak und Syrien – Christen in Angst

Christen erst einmal vom Tisch. Die Christen sind nun wieder der Gefahr einer demographischen Veränderung ausgesetzt. Auch wenn der IS weitgehend vertrieben ist, können die meisten Christen dennoch nicht zurückkehren, weil ihnen die Mittel für den Wiederaufbau ihrer zerstörten Häuser fehlen. Trotz vieler Versprechungen der Behörden kommt der Wiederaufbau bei ihnen zu langsam voran. Doch ihre Rückkehr ist dringend geboten, denn es besteht die Gefahr, dass Angehörige anderer Volksgruppen leerstehende Gebäude und Grundstücke in Besitz nehmen und die christlichen ehemaligen Besitzer so für immer aus der Region verdrängen.

Nach Angaben irakischer Christen müssen in der Ninive-Ebene insgesamt 13.904 Häuser wiederaufgebaut oder neu errichtet werden. Bisher soll erst die Hälfte dieser Häuser fertiggestellt worden sein. 9.060 christliche Familien sollen bis November 2018 aus Irakisch-Kurdistan in die Ninive-Ebene zurückgekehrt sein. Dies entspricht etwas mehr als 45 Prozent aller Christen, die im Sommer 2014 vor dem IS aus der Region fliehen mussten. Vertreter der christlichen Kirchen vor Ort berichten, dass weitere 2.000 Familien gern in die Ninive-Ebene zurückkehren würden, aber dringend mehr Hilfsmaßnahmen und Sicherheitsgarantien benötigen. Der Prozess verläuft für sie so schleppend und viele sehen so wenig Perspektiven für die Zukunft, dass immer mehr Christen über eine Auswanderung nachdenken. Viele würden sich sofort auf den Weg nach Europa machen, wenn sie dazu die Mittel und Möglichkeit hätten.

Um diese Entwicklung aufzuhalten, müssen die Christen dringend an Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen für die Zukunft des Irak beteiligt werden. Auch mehr finanzielle Unterstützung zur Förderung von Sprache, Kultur und Traditionen der Christen im gesamten Land ist notwendig, um Christen im Irak zu erhalten. Eine Art politische Selbstverwaltung für Christen und andere Minderheiten in der Ninive-Ebene könnte immer noch ein wichtiges Zeichen dafür sein, dass die Christen in ihrer Herkunftsregion willkommen und keine Menschen zweiter Klasse sind.

Ende Januar 2019 meldeten sich Repräsentanten der Christen bei der GfbV und berichteten von neuen Problemen. Sie befürchten in der Tat eine schleichende demographische Veränderung auf Kosten ihrer christlichen Volksgruppe, insbesondere in der Ninive-Ebene.

Irak und Syrien – Christen in Angst

„Dort lassen sich immer mehr Muslime nieder“, sagten Vertreter der Christen.¹¹ Durch die Ansiedlung von Muslimen in uralten christlichen Ortschaften nehmen Spannungen zwischen den Volksgruppen zu. Diese Spannungen müssen jedoch in jedem Fall verhindert werden. Damit die Behörden endlich entschiedener handeln können, müssen sich die Zentralregierung in Bagdad und die Regionalregierung Kurdistan (KRG) endlich darüber einig werden, wem die Ninive-Ebene unterstehen soll. Erst wenn die verwaltungsmäßige Zugehörigkeit dieses und anderer umstrittener Gebiete geklärt ist und den dort lebenden Gemeinschaften Mitsprache bei der Gestaltung der Zukunft eingeräumt wird, werden sich Christen und andere Minderheiten in der Ninive-Ebene wieder sicher fühlen.

Vor allem in der früher nur von Christen bewohnten Ortschaft Bartalla 15 Kilometer östlich von Mossul fühlen sich die Christen von Muslimen bedrängt. Die heute rund 30.000 Einwohner zählende Stadt hatte nach dem Sturz von Saddam Hussein 2003 rund 10.000 vor allem christliche Flüchtlinge aus dem arabischen Irak aufgenommen. Seit 2013 soll in Bartalla ein neues Stadtviertel mit dem Projektnamen „Sultan City“ entstehen. 182 Wohneinheiten sind geplant. Nur Muslime könnten es sich leisten, dort eine sehr teure Wohnung zu erwerben, klagen einheimische Christen, die ihr Vermögen durch den Krieg verloren haben. Die Christen fordern, dass vor allem christliche Familien dort einziehen sollten, denn die Gebäude würden schließlich auf Land errichtet, das immer Christen gehört hat. Es gibt Berichte, dass Grundbücher gefälscht werden, um diese Kritik zurückweisen zu können. Eine Wohnung in der „Sultan City“ soll durchschnittlich rund 75 Millionen irakische Dinar – umgerechnet etwa 55.000 Euro – kosten.¹² Rund 80 Prozent der christlichen Einwohner von Bartalla gehören der syrisch-orthodoxen Kirche an, die restlichen 20 Prozent sind syrisch-katholisch. Sie alle sprechen Aramäisch.

2.3 Christen in Kurdistan

Das heutige „irakische Bundesland“ Kurdistan entstand nach 1991. Damals griffen alliierte Truppen unter US-Führung das Regime von Saddam Hussein an, nachdem die Truppen des irakischen Diktators Kuwait besetzt hatten. Die USA signalisierten den Kurden, sie sollten

¹¹ <https://www.gfbv.de/de/news/nordirak-christen-in-bedraengnis-9563/>

¹² <https://www.gfbv.de/de/news/nordirak-christen-in-bedraengnis-9563/>

Irak und Syrien – Christen in Angst

einen Aufstand gegen Saddam Hussein beginnen. Die Kurden hatten mit Beteiligung der Assyrer-Chaldäer-Aramäer, anderer Christen, Yeziden und anderer Minderheiten schnell all ihre Dörfer und Städte befreit. Doch dann ließen die Alliierten unter dem Druck der Türkei und Saudi-Arabien die Bevölkerung in Kurdistan im Stich: Die irakische Luftwaffe durfte Kurdistan mit aller Gewalt angreifen. Aus Furcht vor irakischen Massenvernichtungswaffen flohen mehr als 1,5 Millionen Menschen Richtung türkischer und iranischer Grenze.¹³ Nach weltweiten Massenprotesten gegen die gewaltsame Vertreibung der Kurden und mit ihnen wohnender Minderheiten entschieden sich die westlichen Staaten für die Einrichtung einer „Schutzzone“ im Nordirak. Infolgedessen kehrten die Menschen in ihre Dörfer und Städte zurück. Saddam Hussein ließ seine Verwaltung aus Kurdistan abziehen. Die Kurden bildeten eine eigene Verwaltung, die sich nach 2003 festigte. Kurdistan wurde nach der neuen irakischen Verfassung eine föderale Region. Nach Jahrzehnten blutiger Kämpfe näherten sich die beiden konkurrierenden großen Parteien der Kurden, die Kurdische Demokratische Partei (KDP) von Masud Barzani und die Patriotische Union Kurdistan (PUK) von Jalal Talabani, unter dem Druck der US-Amerikaner einander an. Es wurden ein Parlament und ein Kabinett gebildet. Allerdings ist Kurdistan bis heute (März 2019) faktisch zweigeteilt. Die KDP dominiert in den Provinzen Arbil (Kurd.: Hawlêr) (auch Regionalhauptstadt) und in **Dohuk** (Aramäisch: Nuhadra); die PUK herrscht in Sulaymaniyah vor. Beide Parteien haben in ihren jeweiligen Machtbereichen uneingeschränkte Kontrolle. Hinzu kommt, dass die Zentralregierung in Bagdad und die Regionalregierung in Kurdistan darum streiten, wem einige Gebiete wie beispielsweise Kirkuk oder die Ninive-Ebene verwaltungsmäßig zugeordnet ist.¹⁴

Irakisch- Kurdistan hat nach eigenen Angaben etwa sechs Millionen Einwohner (2018). Etwa 85 Prozent der Bevölkerung sind Kurden. Die restlichen 15 Prozent sind Turkmenen, Assyrer-Chaldäer-Aramäer, Araber und Armenier. Die Assyrer-Chaldäer-Aramäer und Armenier sind Christen verschiedener Kirchen. Mehr als 85 Prozent der Bevölkerung in Kurdistan gehört dem Islam an, die große Mehrheit sind Sunniten Die Schiiten stellen nur etwa sechs Prozent. Christen und Angehörige anderer Religionen sind mit ca. sechs Prozent vertreten. Neben den

¹³ In den 1980er Jahren ließ Saddam Hussein Ziele in Kurdistan auch mit Giftgas angreifen.

¹⁴ Unter diesem „Dauerstreit“ zwischen Bagdad und Kurdistan über die sogenannten umstrittenen Gebiete leiden verstärkt Christen und andere Minderheiten, die dort leben.

Irak und Syrien – Christen in Angst

beiden Hauptrichtungen des Islam und des Christentums haben sich zahlreiche altorientalische Religionen erhalten, darunter die der Yeziden oder Schabak. Die Angehörigen der orientalisch-christlichen Gemeinschaften sind vertreten durch: die chaldäisch-katholische Kirche, die assyrische Kirche des Ostens, die alte apostolische Kirche des Ostens, die Gregorianer, römische und syrische Katholiken, armenische Christen, sowie Altsyrisch-Orthodoxe usw. Hinzu kommen kleinere Minderheiten wie Kakai-Ahle Haq.¹⁵

Seit Anfang 2009 legt ein Wahlgesetz für Kurdistan fest, dass von 111 Sitzen des Regionalparlaments elf Sitze an nicht-kurdische Nationalitäten vergeben werden. Davon stehen fünf Sitze christlichen Assyrern-Chaldäern-Aramäern zu. Für die kleine armenische Volksgruppe ist ein Sitz reserviert. Auch für die Provinzräte ist eine weitgehende Quotenregelung für die kleineren Gemeinschaften eingeführt worden: In Sulaimaniya ist ein Sitz für die Assyrer-Chaldäer-Aramäer reserviert, in Arbil sind es drei Sitze für Turkmenen, zwei für aramäischsprachige Christen, einer für Armenier und in Dohuk sind zwei Sitze aramäischsprachigen Christen und einer den Armeniern vorbehalten. In Kurdistan existiert ein turkmenisches sowie ein neuaramäisches Bildungssystem mit 58 aramäischen, 16 turkmenischen und zwei armenischen Schulen. Beide Nationalitäten besitzen Medien (Presse, Funk, Fernsehen) sowie Kulturinstitute in ihren Sprachen. Ferner gibt es eine private türkische Universität sowie theologische Seminare der chaldäisch-katholischen Kirche für die Priesterausbildung.

Neben Dohuk ist **Ankawa**, ein Vorort der regionalen Hauptstadt Arbil, das wichtigste Zentrum der Christen in Kurdistan. Hier leben 25.000 bis 40.000 Einwohner. In den 1990er Jahren hatte Ankawa nur etwa 8.000 Einwohner. Die Bevölkerungszahl nahm stark zu, nachdem sich immer mehr christliche Flüchtlinge aus Bagdad oder Mossul hier ansiedelten. Ankawa dient auch als „Durchgangsstation“ für Flüchtlinge nach Europa. Dieser Vorort von Arbil ist nahezu komplett von Christen bewohnt. Es befinden sich mehrere Kirchen und Kapellen in der Stadt. Die älteste Kirche ist die Kirche von Mar Gourgis. Sie wurde 816 errichtet. Ankawa soll im 1. Jahrhundert durch Apostel Thomas gegründet worden sein. Als ein Stadtteil von Arbil wird Ankawa von

¹⁵ Die Ahl-e Haqq (Leute der Wahrheit) werden auch Yarsan oder Kaka'i genannt. Ihr Ursprung ist Kurdistan im Irak oder Iran. Diese Glaubensgemeinschaft hat deutliche Facetten und Elemente des Yezidentums und des Alevitentums.

Irak und Syrien – Christen in Angst

kurdischen Sicherheitskräften geschützt. Da auch viele ausländische diplomatische Vertretungen hier beheimatet sind, ist die Sicherheitslage im Vergleich zu anderen Regionen Kurdistans deutlich besser. Ankawa ist der Sitz vieler politischer und kultureller Einrichtungen der christlichen Assyrer-Chaldäer-Aramäer.

Doch die Christen in Ankawa befürchten eine „Überfremdung“ durch das nicht mehr aufzuhaltende Wachstum von Arbil. Die Ansiedlung von Menschen von außerhalb (Christen und Muslime) könnte sehr bald dazu führen, dass Ankawa sein historisches und einzigartiges Gesicht für immer verliert. Aus diesem Grund empfiehlt die Gesellschaft für bedrohte Völker, dass nur dann Baugenehmigungen zur Errichtung neuer Gebäude erteilt werden, wenn die Bevölkerung dem zugestimmt hat. Auch der Ausbau des internationalen Flughafens von Arbil darf nicht auf Kosten der Flächen von Ankawa vorangetrieben und Immobilieneigentümer sollten ausreichend entschädigt werden. Außerdem sollte der Zuzug nach Ankawa nicht unkontrolliert ausgedehnt werden. Die KRG sollte gemeinsam mit Vertretern der zivilen Gesellschaft in Ankawa über die weitere Entwicklung der Ortschaft abstimmen. Eine Initiative zum Schutz von Ankawa hat bereits einen ersten Erfolg erzielt, indem das Bauprojekt der sogenannten "Vier Türme" (ein Hotelkomplex) am 16.1.2012 von der KRG gestoppt wurde.

Kritik an der Arbeit der Regionalregierung Kurdistan (KRG) wird von den regierenden kurdischen Parteien KDP und PUK relativiert. Sie vertreten die Meinung, dass „die Wünsche aller Nationalitäten, insbesondere der christlichen Assyrer-Chaldäer-Aramäer in den Gesetzen Kurdistans berücksichtigt werden“. In der Tat sind viele kulturelle Rechte der Assyrer-Chaldäer-Aramäer gewährleistet. Neben dem Kurdischen und Arabischen sind auch das Neuaramäische und das Armenische als Sprachen der kleineren Nationalitäten anerkannt. Zudem hat Kurdistan Millionen Geflüchtete, darunter Christen, aus dem Süd- und dem Zentralirak, aus Syrien sowie aus dem Iran aufgenommen. Die Geflüchteten sind Kurdistan für die Aufnahmebereitschaft auch sehr dankbar. Doch obwohl die christlichen Assyrer-Chaldäer-Aramäer und Armenier viele Rechte in Kurdistan genießen¹⁶ muss noch mehr für die christliche Minderheit getan werden. Es wäre nach Auffassung der GfbV sinnvoll, den Christen in den Gemeinden oder Regionen, in denen sie die Mehrheit oder große Minderheiten bilden,

¹⁶ https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=c6d71cba-1337-07c8-2321-a08ecb38c1c7&groupId=252038

Irak und Syrien – Christen in Angst

lokale oder regionale Autonomie zu gewähren. Auch wenn die Glaubensfreiheit in Kurdistan weitgehend garantiert ist, bleiben das „Spannungsverhältnis“ und die Diskrepanzen zwischen Glaubensfreiheit, die von der irakischen Verfassung „garantiert“ wird, und dem Grundsatz des islamischen Scharia-Rechts auch in Kurdistan spürbar. Die Lage in Kurdistan ist mit der im arabischen Irak zwar nicht vergleichbar, es kommt jedoch auch in Kurdistan zu rechtlichen Kollisionen zwischen den beiden Grundsätzen der irakischen Verfassung „Glaubensfreiheit“ und „Islam als Staatsreligion“. Es muss befürchtet werden, dass sich vor dem Hintergrund des immer mehr gestärkten politischen Islam islamistische Tendenzen in der Gesetzgebung auch in Kurdistan durchsetzen werden.

2.4 Handlungsempfehlungen und Forderungen an die Zentralregierung in Bagdad und an die Regionalregierung in Kurdistan:

1. Die christlichen Assyrer-Chaldäer-Aramäer und andere Minderheiten sollen an den Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen für die Zukunft Kurdistan beteiligt werden.
2. Die Quotenregelung für Assyrer-Chaldäer-Aramäer und andere Minderheiten für die Besetzung des Föderalen Parlaments in Bagdad und im Regionalparlament in Kurdistan sollte auf andere Behörden ausgeweitet werden. Christen sollen nach Möglichkeit überall vertreten sein.
3. Kontakte und Straßenverbindungen zwischen Dörfern, in denen Christen leben, in Kurdistan und in der Ninive-Ebene, müssen aufrechterhalten bleiben. Diese dürfen wegen des Streits zwischen Bagdad und Kurdistan um die Zukunft der sogenannten „umstrittenen“ Gebiete nicht erschwert oder abgebrochen werden.
4. Mehr finanzielle Unterstützung zur Förderung von der Sprache, Kultur und Traditionen der Assyrer-Chaldäer-Aramäer ist notwendig.
5. Um das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben zu fördern, sollten möglichst Straßen oder öffentliche Plätze nach Persönlichkeiten aus der Geschichte, Literatur und Kultur auch der Assyrer-Chaldäer-Aramäer benannt werden.

Irak und Syrien – Christen in Angst

6. Die Eigentumsstreitigkeiten unter Christen und Muslimen in den Dörfern und Städten, wie zum Beispiel in Ankawa oder in der Ninive-Ebene, müssen friedlich und gerecht gelöst werden. Die christliche Bevölkerung darf nicht benachteiligt werden.
7. Es können keine Zugeständnisse an radikale sunnitische und schiitische Gruppen bei der Reformierung von Gesetzen oder der Verfassung gemacht werden.
8. Die vollständige Gleichberechtigung zwischen Christen und anderen Minderheiten vor Gericht muss gewährleistet sein.
9. Hetze gegen Christen, Yeziden und Andersgläubige durch radikale Mullahs in den Moscheen ist zu unterbinden und gerichtlich zu ahnden.
10. Kulturelle Autonomie für Christen und andere Minderheiten könnte dazu beitragen, dass Konflikte unter den Volksgruppen entschärft werden.
11. Um den Dialog zu fördern und zu verstärken, wäre es sinnvoll, wenn es zu regelmäßigen Zusammenkünften zwischen Vertretern der Kurden, Schiiten, Sunniten und den Assyrern-Chaldäern-Aramäern in der Diaspora kommt.

3. Christen in Syrien

Nach Ägypten war Syrien bis zum Ausbruch der Revolte im März 2011 das Land mit der größten christlichen Minderheit im Nahen Osten. Dort lebten zwei bis drei Millionen Gläubige. Diese syrischen Christen sind hinsichtlich ihrer Konfessionen sehr unterschiedlich, da es eine Vielfalt von christlichen Kirchen in Syrien gibt. Im folgenden Text werden die Christen in Syrien vorwiegend als zusammenfassend als „syrische Christen“ bezeichnet. Nur wenn über eine christliche Gruppe einer bestimmten Konfession berichtet wird, wird das durch die Nennung ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kirche auch hervorgehoben. Armenische Christen werden auch ausdrücklich als solche bezeichnet.

Mit etwa einer Million Gläubigen machten die Rum-Orthodoxen den größten Anteil der Christen des Landes aus. Sie sehen sich allgemein als Repräsentanten eines arabischen Christentums, das die islamische Kultur als konstitutiven Rahmen akzeptiert. Zum Ausdruck kommt dieses Selbstverständnis in der Liturgie der Rum-Orthodoxen, die ausschließlich auf Arabisch gehalten wird.

Die Syrisch-Orthodoxen dagegen legen im Vergleich zu den Rum-Orthodoxen sehr großen Wert auf die Selbständigkeit ihrer Kirche, was in ihrer Liturgie sichtbar wird, die auf Syrisch gefeiert wird. Dafür wurden sie einst von den Rum-Orthodoxen verfolgt. Viele Syrisch-Orthodoxe, besonders im Norden von Syrien, sind Nachfahren von Geflüchteten. Nach der Verfolgung und dem Genozid an bis zu 500.000 Christen aller Konfessionen im Gebiet der heutigen Südosttürkei im Ersten Weltkrieg hatten viele Überlebende in Syrien Schutz gesucht. Die 62.000 syrisch-katholischen Christen, deren Kirche mit der römisch-katholischen Kirche uniert ist, stellen eine Abspaltung von der syrisch-orthodoxen Kirche dar.

Auch die etwa 15.000 Mitglieder der assyrisch-apostolischen Kirche sowie die rund 15.000 Chaldäer, deren Kirche sich von der apostolischen Kirche des Ostens abgespalten hat, stammen von Geflüchteten ab. Die Chaldäer fühlen sich der römisch-katholischen Kirche zugehörig.

Zudem gibt es Maroniten in Syrien. Ihre Zahl ist hier mit 49.000 Anhängern heute weit geringer, als sie es noch vor Mitte des 19. Jahrhunderts war. Aufgrund von Spannungen zwischen Drusen und Maroniten sowie Massakern 1866 im Raum Damaskus flohen viele

Irak und Syrien – Christen in Angst

Maroniten in den Libanon. In Syrien steht die maronitische Glaubensgemeinschaft heute im Schatten ihrer einst großen Geschichte. Maroniten wie auch Chaldäer erkennen den römisch-katholischen Papst als ihr Religionsoberhaupt an. Ursprünglich war ihre Liturgie syrischsprachig, aber das Arabische hat die syrische Sprache bis auf wenige Ausnahmen in religiösen Zeremonien und Riten weithin verdrängt. Hinzu kommen noch rund 25.000 Protestanten, deren Kirchen aus europäischen Missionsbemühungen entstanden, sowie 15.000 Angehörige der römisch-katholischen Kirche.

Eine Art Sonderfall stellen die Assyrer-Aramäer dar. Diese haben ihre Sprache Aramäisch (Altsyrisch) bewahrt und gelten als indigene Bevölkerung Syriens. Auch sie werden als Christen vom Regime toleriert. Viele von ihnen sind aber als Angehörige einer ethnischen Minderheit durch regierungsbedingte Zwangsarabisierungsmaßnahmen ihrer historischen altsyrischen bzw. assyrischen Identität, die sprachlich und kulturell definiert ist, beraubt worden. Heute bezeichnen sich daher viele syrische Christen als Araber. Wahrscheinlich ist aber, dass diese christlichen Araber assyrisch-aramäischer Abstammung sind.

Auch die **Armenier** sind Christen und in der Regel Nachfahren von Geflüchteten, nämlich den Überlebenden des Völkermords von 1915 bis 1917. Hunderttausende, nach armenischen Angaben sogar bis zu 1,5 Millionen armenische und 500.000 assyrisch-aramäische Christen, wurden damals im Osmanischen Reich ermordet. Sie sprechen ihre armenische Sprache, in der sie auch ihre Liturgie feiern. Zu der mit Rom unierten armenisch-katholischen Kirche in Syrien, deren Patriarch im Libanon residiert, gehören ca. 21.500 und zu der armenisch-apostolischen Kirche etwa 200.000 Gläubige.

Syrien ist für Armenier bereits seit Jahrhunderten eine Heimat. Das Land diente auch immer als Schutz- und Zufluchtsort. Vor allem während des Genozids an den Armeniern zwischen 1915 und 1917 flüchteten viele Armenier vor der türkischen Armee nach Syrien. 1918 zählte die armenische Gemeinde hier schätzungsweise 142.000 Menschen. 2011 lebten etwa 300.000 Armenier in Syrien, von denen mit 30.000 bis 40.000 Personen die größte Gemeinschaft in der mittlerweile umkämpften Stadt Aleppo wohnt. Kleinere armenische Gemeinden gibt es in Damaskus, Qamischli und in Kassab. Die Armenier in Aleppo sind im syrischen Mosaik der Religionen und Ethnien eine kleine Gruppe, heben sich aber durch ihre

Irak und Syrien – Christen in Angst

aktive Beteiligung am wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes hervor. Armenier gelten beispielsweise als die besten Handwerker Syriens.

Während des Völkermordes Anfang des vergangenen Jahrhunderts konnten viele Armenier in Syrien gerettet werden. Unter Integration ist jedoch nicht Assimilation zu verstehen. Die Armenier leben in einer „perfekten“ Parallelgesellschaft: Sie bilden innerhalb ihrer Gruppe eigenständige Gemeinden. Aus politischen und wirtschaftlichen Gründen verließen viele Armenier Ende der 1960er Jahre Aleppo und Qamischli. Die ehemalige Sowjetrepublik Armenien nahm damals zwar viele syrische Armenier auf, doch die meisten wanderten nach Amerika, Europa und Australien aus. Wegen des blutigen Bürgerkrieges in Syrien hat sich diese Auswanderung weiter intensiviert. Sie könnte das Ende einer Gemeinschaft bedeuten, die bereits seit mehreren Jahrhunderten in Syrien eine Heimat gefunden hat. Die heutige Republik Armenien hatte es in den vergangenen Jahren mit einer Einwanderungswelle großen Ausmaßes zu tun. Viele syrische Armenier fanden dort Zuflucht.

Als Monotheisten werden Christen in Syrien als „Schutzbefohlene“ bezeichnet. Ihre Rechte sind erheblich eingeschränkt. Laut syrischer Verfassung kann kein Christ Präsident werden. Außerdem gibt es viele Gesetze, die Christen benachteiligen, insbesondere in den Bereichen Kultur und Schulwesen. Diese Gesetze schränken die freie Entfaltung der kulturellen Eigenständigkeit und Identität der Christen ein bzw. machen sie nahezu unmöglich. Die Christen konnten ihre Religion bisher dennoch relativ frei ausüben und durch den säkularen Charakter der Arabischen Republik Syrien war ein Leben in Frieden weitgehend möglich. Das Assad-Regime gewährt Christen zumindest das Recht auf freie Religionsausübung und toleriert das Christentum als Glaubensgemeinschaft, auch wenn zu einer weitreichenden Religionsfreiheit mehr gehört. Die beschriebene Situation der syrischen Christen ist seit Beginn des Aufstandes gegen das syrische Regime von schwerwiegenden negativen Veränderungen geprägt. In den vergangenen Jahren wurden Christen im gesamten Nahen Osten immer wieder Opfer exzessiver Gewalt. Brennpunkte waren dabei zunächst Ägypten und Irak, aber auch in Syrien kommt es seit Beginn des Aufstandes gegen den Diktator Assad zu gewaltsamen Übergriffen auf Christen.

Wie viele Christen in Syrien heute (2019) leben, kann nur spekuliert werden. Schätzungen sagen, dass die christliche Bevölkerung dort im Vergleich zu 2010 bis zu 50 Prozent

Irak und Syrien – Christen in Angst

zurückgegangen ist. Demnach leben nun noch etwa 500.000 bis 700.000 Christen in ganz Syrien. Eindrücke der Konrad-Adenauer-Stiftung in 2018 zeigten ein etwas positiveres Bild: Demnach wird die Zahl der Christen in Damaskus, im Tal der Christen, Latakia und Tartus auf zusammen 500.000 bis 750.000 geschätzt.¹⁷

3.1 Christen unter Baschar al-Assad

Wie bereits erwähnt, ist Syrien in verschiedene Machtbereiche eingeteilt. Im Folgenden wird die Lage der Christen im Machtbereich von Baschar al-Assad beschrieben. In der „Arabischen Republik Syrien“ gab es bis zum Ausbruch der Revolte im März 2011 in den Gebieten, die unter Assads Armee stehen, keine offizielle Staatsreligion. Doch laut Verfassung muss der Präsident Syriens muslimisch sein und die islamische Rechtsprechung ist der Hauptbezugspunkt für die Gesetzgebung. Religionsfreiheit wird in Artikel 3.3 der syrischen Verfassung garantiert, so die Ausübung der Religionsfreiheit nicht die öffentliche Sicherheit gefährdet. Zudem dürfen Staatsbürger aufgrund ihrer religiösen Weltanschauung nicht diskriminiert werden (Artikel 33.3). Die Verfassung enthält auch rechtliche Mechanismen, um religiöse Gruppierungen zu verbieten, die von der Regierung als „extremistisch“ eingestuft werden. Dazu werden neben muslimischen Extremisten ebenso beispielsweise die Zeugen Jehovas gezählt. Die Mitgliedschaft in salafistischen Organisationen ist rechtswidrig, wobei die Regierung die Kennzeichen für Salafismus nicht näher definiert hat. Dem Gesetz zufolge steht auf Zugehörigkeit zur syrischen Muslimbruderschaft die Todesstrafe. Trotz diskriminierender Gesetze und Regelungen, wie das Verbot für Christen den Präsidenten Syriens zu stellen, konnten und können Christen unter der Herrschaft Assads ihre Religion in der Arabischen Republik Syrien relativ uneingeschränkt ausüben.

In den vergangenen Jahren wurden sowohl regierungskritische Geistliche, wie der aus Italien stammende Jesuitenpater Paolo dall'Oglio, als auch regierungsfreundliche Bischöfe, wie Mor Gregorius Yuhanna Ibrahim oder Mor Boulos Yazigi aus Aleppo, verschleppt. Ende 2011 hatte das Assad-Regime den Jesuitenpater Paolo dall'Oglio zur Persona non grata erklärt, nachdem er drei Jahrzehnte um Verständigung zwischen Christen und Muslimen in Syrien bemüht war.

¹⁷ https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=2d06e96e-3a30-9ba2-95d7-b0cabb070188&groupId=252038

Irak und Syrien – Christen in Angst

Die Al-Nusra-Front setzte im Oktober 2014 Franziskanerpater Hanna Dschallouf sowie etwa 20 weitere Geistliche fest. Im April 2014 wurde der niederländische Jesuitenpater Frans van der Lugt in **Homs** ermordet. Er hatte die Aushungerung der Altstadt Homs durch die Regierung angeprangert.

Ende 2013 wurden zwölf syrisch-orthodoxe Nonnen in der Stadt **Ma'alula** von der Al-Nusra-Front entführt. Besonders gefährdet ist die christliche Minderheit in den nordsyrischen Gebieten, die vom IS kontrolliert werden. Dort kam es Ende Februar 2015 in der Provinz al-Hasakeh (al-Hasaka) in mehreren Dörfern zur Verschleppung von über 300 assyrischen Christen. Auch die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) prangerte zahlreiche Verbrechen gegen assyrische Christen im Nordosten des Landes an, darunter die Exekution von 2.000 assyrischen Christen. In anderen Berichten wird von der Rückeroberung von IS-Stellungen im Nordosten Syriens durch kurdische Kämpfer gesprochen, die dabei 14 von assyrischen Christen bewohnte Dörfer befreiten.

„Die christliche Gemeinschaft in Syrien wie auch in weiten Teilen des Nahen Ostens wird zu einem Schatten ihrer selbst.“ Zu dieser Einschätzung gelangte der International Religious Freedom Report für das Jahr 2013 des US-Außenministeriums und belegte seine Aussage exemplarisch mit Zahlen für die Stadt Homs: Demnach zählte die christliche Gemeinschaft in Homs vor Ausbruch des bewaffneten Konfliktes 160.000 Angehörige, während für das Jahr 2013 nur noch einige Tausend registriert wurden. In Aleppo machen Christen die größte religiöse Minderheit aus. Schon vor 2011 gab es dort eine große armenisch-christliche Gemeinschaft. Viele Christen sind in den vergangenen Jahren vor den Kämpfen aus den am stärksten betroffenen Stadtteilen geflohen. Dabei stieg die Zahl der Binnenmigranten aus Homs, Damaskus und Aleppo in den Küstengebirgen, aber auch die Zahl der Geflüchteten. Vor einem Exodus der christlichen Gemeinde in Syrien hatten deutsche Menschenrechtsorganisationen bereits im August 2013 gewarnt und von der deutschen Bundesregierung gefordert, bei ihren außenpolitischen Entscheidungen ein besonderes Augenmerk auf den Schutz christlicher Minderheiten zu legen.

Immer wenn die Rebellen vorrückten, flohen Christen zu zehntausenden entweder in die Gebiete unter Assads Kontrolle im Westen des Landes oder in die Regionen, die von Kurden beherrscht werden, im Norden. Eine Region, in der die Christen Zuflucht fanden, ist das

Irak und Syrien – Christen in Angst

sogenannte „**Wadi al-Nasara**“ (deutsch: Tal der Christen). Diese Region im Westen Syriens nahe der libanesischen Grenze gehört administrativ zu Homs. Die meisten Menschen dort sind griechisch-orthodoxe Christen. Mit den Binnenflüchtlingen leben heute etwa 150.000 in den rund 40 Dörfern des „Tals der Christen“.¹⁸ Das „Wadi al-Nasara“ gilt als historische Hochburg der syrischen Christen. Hier haben in den vergangenen Jahren zehntausende christliche Flüchtlinge aus Homs und anderen Städten und Provinzen Zuflucht gesucht. So haben beispielsweise in dem kleinen Dorf Nasra im Verlauf der vergangenen Jahre ungefähr 100 geflüchtete Familien Zuflucht gesucht.¹⁹ Viele Christen flohen auch in die mehrheitlich von Alawiten²⁰ besiedelten Ortschaften an der Mittelmeerküste Syriens. Nicht wenige haben dort in **Latakia** ein Zuhause gefunden. Vor dem Bürgerkrieg hatte Latakia rund 600.000 Einwohner. In den Jahren bis 2018 erhöhte sich die Bevölkerungszahl auf zwei Millionen.²¹ In Aleppo lebten 150.000 bis 170.000 Christen (2010). Ein Drittel floh in das „Tal der Christen“ und ein weiteres Drittel ins Ausland.²²

3.2 Die syrische Rebellion und die Christen

Während sich 2011 einige Christen an den Protesten gegen die Regierung beteiligten, ging das Gros der christlichen Bevölkerung aufgrund der raschen Militarisierung, Radikalisierung und Islamisierung des Aufstandes sehr früh auf Distanz. Ungeachtet dessen befinden sich unter den bekanntesten Politikern der von Islamisten unterwanderten Opposition auch einige Christen. Das Assad-Regime stellt sich selbst als Schutzmacht der Christen dar und unterstreicht seine Verbundenheit mit der christlichen Glaubensgemeinschaft etwa durch medienwirksame Auftritte, wie Assads Auftritt im bekannten christlichen Wallfahrtsort Ma'aloula im April 2014. Im Verlauf des an Schärfe zunehmenden Krieges gab es immer mehr Befürchtungen, dass die als eher „regimefreundlich“ geltende Haltung von Christen sie zur Zielscheibe bewaffneter nicht-staatlicher Gruppen mache. Diese Ängste werden von dem Regime auch aktiv instrumentalisiert. Unter dem Assad-Regime war die Situation der syrischen Christen ruhig. Sie erfuhren weitgehende Toleranz und waren keiner gezielten

¹⁸ <https://de.zenit.org/articles/syrien-gefechte-im-tal-der-christen/>

¹⁹ <https://ostkirchen.info/syrien-die-barmherzigen-samariter-im-tal-der-christen/>

²⁰ Assad gehört der alawitischen Minderheit an.

²¹ https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=2d06e96e-3a30-9ba2-95d7-b0cabb070188&groupId=252038

²² Ebenda.

Irak und Syrien – Christen in Angst

religiösen Verfolgung ausgesetzt. Assad hatte sich selbst zum „Beschützer der alawitischen, christlichen und sonstigen Minderheiten“ vor radikalen Muslimen erklärt. Manche Geistliche bezeichneten dies jedoch bloß als machtpolitische Geste, der keine Taten folgten. Offen wagt jedoch niemand, gegen das Regime zu sprechen, weil Christen stärkere Repressionen befürchten. So appelliert auch die Kirchenführung – jedenfalls offiziell – an ihre Gläubigen, sich aus politischen Konflikten herauszuhalten, um nicht zwischen den politischen Blöcken aufgerieben zu werden.

Umfragen ergaben, dass eine deutliche Mehrheit der syrischen Christen zu Beginn des Konfliktes hinter Assad stand. Seitdem sind jedoch auch tausende syrische Christen dem Konflikt zu Opfer gefallen. Dabei ist oft unklar, ob die Taten von Anhängern des Regimes und seinem Sicherheitsapparat oder von radikalen Muslimen aus den Reihen der islamistischen Opposition verübt wurden.

Die GfbV als eine Menschenrechtsorganisation, die für die Rechte verfolgter oder bedrohter ethnischer, sprachlicher und religiöser Minderheiten eintritt, sorgt sich vor allem um die nicht-arabische und nicht-sunnitisch-muslimische Bevölkerung Syriens. Mindestens 45 Prozent der Einwohner des Landes sind Angehörigen ethnischer und religiöser Minderheiten. Auch wenn sich Christen und andere Minderheiten der Assad-Diktatur nicht aktiv widersetzen, waren sie mit dieser Unterdrückungspolitik nicht „einverstanden“. Anfänglich waren die Proteste gegen Assad auch mit Hoffnungen verbunden. Nun haben die ethnischen und religiösen Minderheiten Syriens jedoch Anlass zu befürchten, dass es ihnen in einem neuen Syrien unter der von der Türkei oder Katar unterstützten sunnitischen Opposition kaum besser ergehen wird. Mit der Verfolgung der wenigen Christen in den Regionen, die von pro-türkischen Rebellen beherrscht werden, gingen alle Hoffnungen auf einen demokratischen Wandel in Syrien verloren. Nun sind die syrischen Minderheiten einer neuen Bedrohung ausgesetzt, nämlich der totalitären islamistischen Ideologie, die Jihadisten aus der ganzen Welt mit Gewalt durchsetzen wollen und die innerhalb der syrischen sunnitischen Opposition teilweise auf fruchtbaren Boden fällt. Die Mehrheit der etwa 21 Millionen Syrer ist arabisch und bekennt sich zum Islam. Dabei ist die Bevölkerung zumeist der sunnitischen Glaubensrichtung des Islam zuzurechnen. Zur schiitischen Minderheit werden die Drusen, die Ismailiten sowie die Alawiten, zu denen auch Präsident Bashar al-Assad gehört, gezählt.

Irak und Syrien – Christen in Angst

Die nicht-muslimische Bevölkerung Syriens besteht vor allem aus Christen und aus Yeziden. Diese religiösen Minderheiten leben in ständiger Angst und Ungewissheit. Die schleichende Radikalisierung der Opposition ist eine große Gefahr für religiöse Minderheiten, da die radikalen Islamisten Angehörige solcher Bevölkerungsgruppen meistens als „Ungläubige“ ansehen.

Anfang Dezember 2013 wurden zwölf syrisch-orthodoxe Nonnen aus ihrem Kloster entführt, nachdem islamistische Gruppen die Stadt Ma'alula eingenommen hatten. Obwohl ein Video veröffentlicht wurde, in dem die Nonnen aussagten, von den Islamisten in Sicherheit gebracht worden zu sein, sagte die Oberin des Klosters aus, die Frauen würden von den Islamisten als „menschliche Schutzschilde“ benutzt. Die Nonnen wurden Anfang März 2014 schließlich freigelassen. Als am 16. Dezember 2013 das christliche Dorf Kanayé besetzt wurde, zwangen Jihadisten die Bevölkerung unter Androhung eines Blutbades dazu, sich an islamistische Gesetze zu halten. Zwangskonvertierungen wurden angedroht. Damit wiederholt sich ein Muster der Eroberung, welches auch schon in benachbarten Dörfern eingesetzt wurde. Des Weiteren wurde berichtet, dass islamistische Gruppen, deren Ziel es ist, Christen endgültig aus Syrien zu treiben, Kirchen zerstört hätten. Dabei seien geistliche Bücher und Ikonen verbrannt sowie Kreuze auf den Kirchen durch islamistische Fahnen ersetzt worden.

Christen und andere Minderheiten werden so immer mehr zu den großen Verlierern des Krieges. Während nahezu alle anderen Gesellschafts- oder Religionsgruppen teils massive Unterstützung aus dem Ausland erhalten, wird die christliche Bevölkerung de facto von den Kirchen im Westen weitgehend im Stich gelassen. Sie müssen ohnmächtig mitansehen, wie sie immer mehr zwischen die Fronten geraten und dabei ihre kulturellen, gesellschaftlichen und religiösen Einrichtungen zerstört werden. Da sie, mit Ausnahme einer bewaffneten christlichen Miliz der Assyrer-Aramäer in der Provinz al-Hasakeh, die einzige unbewaffnete Bevölkerungsgruppe darstellen und sie durch die mittlerweile destabilisierte Staatsgewalt keinerlei Schutz erwarten können, trauen sich viele Christen nicht einmal mehr auf die Straße. Kinder gehen oft nicht mehr zur Schule, junge Männer verstecken sich aus Angst, zum Militärdienst eingezogen zu werden, und selbst gut ausgebildete Frauen geben oft ihren Job auf. Denn die Gefahr ist zu groß, auf dem Weg zur Arbeit auf offener Straße entführt zu werden. Trotz der „Neutralität“ der Christen in Syrien ist das Elend des Krieges längst bei ihnen

Irak und Syrien – Christen in Angst

angekommen. Die allgegenwärtige Bedrohung veranlasst viele von ihnen dazu, ihr Zuhause aufzugeben und zu fliehen.

3.2.1 Radikalisierung der syrischen Opposition

Vor Ausbruch des Aufstandes gab es keine legal organisierte Opposition in Syrien, da das Regime eine solche nicht erlaubte und unterdrückte. Nachdem die ersten friedlichen Proteste blutig niedergeschlagen worden waren, formierte sich aber eine Opposition, die vor allem durch den Willen geeint ist, Präsident Baschar al-Assad und sein Regime zu stürzen. Auch wenn die arabischen Golfstaaten (Saudi-Arabien, Katar), die Türkei, die USA, Deutschland sowie Großbritannien versuchten, sich gemeinsam gegen Assad zu stellen, gab es dabei zu keinem Zeitpunkt einheitliche Maßnahmen. Die erwähnten Staaten unterstützen mit unterschiedlicher Intensität die im Jahre 2012 gegründete „Nationalkoalition syrischer Revolutions- und Oppositionskräfte“ (Die Syrische Nationalkoalition - al-italaf). Von einigen Staaten wurde diese Gruppe sogar als „einzige legitime Vertreterin des syrischen Volkes“ anerkannt.²³ Je länger der Konflikt jedoch dauerte, desto mehr Brüche wurden innerhalb der Rebellion sichtbar.

Auch wenn einige Angehörige der Minderheiten wie Christen, Kurden, Assyrer-Aramäer, Alawiten und Drusen in der „Syrischen Koalition“ vertreten sind, spielte und spielt die syrische Muslimbruderschaft dort die dominanteste Rolle. Es konnte und kann de facto ohne Zustimmung der Vertreter der Muslimbrüder kaum eine wichtige Entscheidung getroffen werden. Diese koordinieren ihre Entscheidungen mit der türkischen Regierung sowie mit dem Golfstaat Katar.

Nach dem Beginn der direkten russischen Militärintervention am 30. September 2015 in Syrien kam es zu Konflikten zwischen der Türkei und Russland. Aus Angst, dass Russland die syrischen Kurden unterstützen könnte, fädelt die Türkei einen Deal mit Russland ein. Bald entstand eine Dreier-Kooperation: Russland, der Iran und die Türkei. Während die Russen mit Luftangriffen Assad den Rücken stärkten, unterstützt die Türkei die syrischen Islamisten. Nach der saudischen Militärintervention im Jemen 2015 gewann die Türkei in Syrien an Einfluss. Die

²³ <https://www.bundestag.de/resource/blob/515094/6add202f3f24cc5c6295548c897f0d07/wd-2-043-17-pdf-data.pdf>

Irak und Syrien – Christen in Angst

Saudis mussten sich mehr um den Jemen „kümmern“. Daher waren die „Syrische Koalition“ und andere syrische Gruppen, die in der Türkei ansässig sind, sowohl finanziell als auch logistisch weitgehend von der Türkei abhängig. Auch wegen der zunehmenden politischen Differenzen zwischen der Türkei und Saudi-Arabien ging der Einfluss der Saudis auf die syrischen Islamisten zurück. Für diese Entwicklung gibt es vor allem zwei Gründe: Die Saudis lehnen eine Unterstützung der Muslimbruderschaft ab und haben keinen direkten Zugang zu Syrien. Die saudische sowie die westliche Hilfe für die Islamisten ging in der Regel über die Türkei. Das ist der Grund, warum schließlich die Türkei bestimmt hat, welche Gruppe in Syrien gestärkt oder geschwächt wird. Sie trägt vor allem die Verantwortung dafür, dass der IS und andere radikalislamistische Gruppen in Syrien und im Irak gestärkt worden sind. Die Unterstützung, die die „Syrische Nationalkoalition“ zusätzlich von Ländern wie den USA, Frankreich und Deutschland erhält, läuft in der Regel auch über die Türkei. Von dieser westlichen Hilfe profitieren deshalb vor allem die syrischen Islamisten und die islamistische Regierung von Erdogan. Auch wenn sich die Muslimbruderschaft als „islamisch-moderat“ bezeichnet, gehen viele Beobachter davon aus, dass sie im Falle eines Erfolges gegen das Regime die Einführung der Scharia fordern wird. Genau davor hatten die Minderheiten Angst. Daher distanzierten sich viele von ihnen von den Muslimbrüdern. Wenn Christen und andere Minderheiten heute vor die Wahl gestellt würden, würden sie sich mehrheitlich für die Assad-Diktatur und nicht für das Scharia-Recht der Islamisten entscheiden.

Ein Vorfall zeigt die Gefahr, die Christen und anderen religiösen Minderheiten droht, exemplarisch. Von den beiden christlichen Bischöfen, die am 22. April 2013 von einer bewaffneten islamistischen Gruppe entführt wurden, fehlt bis heute jede Spur. Ibrahim Hanna, Bischof der syrisch-orthodoxen Kirche von Aleppo, und Bischof Boulos Yazigi von der griechisch-orthodoxen Kirche wurden in der Nähe von Aleppo verschleppt. Ihr Fahrer, ein Diakon, wurde von den Entführern bei dem Überfall erschossen. Auch hier kommt die islamistische Neigung der syrischen Opposition und vor allem der Freien Syrischen Armee (FSA) zum Tragen. Für viele radikale Islamisten sind Christen nämlich Ungläubige. Gewalt gegen solche Ungläubige betrachten sie häufig als legitim.

Die Folgen des Bürgerkrieges und der Radikalisierung der Rebellion werden am Beispiel der christlichen Minderheit vielerorts sichtbar. Zum einen häufen sich die Berichte über grausame

Irak und Syrien – Christen in Angst

Hinrichtungen, gezielte Ermordungen, Entführungen und Vergewaltigungen von Christen und Angehörigen anderer Minderheiten durch radikale Islamisten, zum anderen verlassen immer mehr Minderheiten aus Angst das Land. Auch die Neutralität christlicher Führungspersonalitäten während der Rebellion, die dazu dienen sollte, die Gläubigen nicht zwischen die Fronten geraten zu lassen, birgt Gefahren. Schon jetzt werden Verbrechen an ihnen damit gerechtfertigt, dass sie „nicht auf Seiten der Revolution“ und somit vermeintlich auf Seiten des Regimes ständen. Falls am Ende des Bürgerkriegs der Aufbau eines islamischen Staates stehen sollte, muss befürchtet werden, dass sich immer mehr Christen Syriens zur Flucht gezwungen fühlen, oder dass sie vertrieben werden. Das Leben eines christlichen Alltags dürfte dann fast unmöglich und eine Diskriminierung derer, die sich nicht assimilieren bzw. konvertieren lassen, nicht zu verhindern sein.

3.2.2 Exodus der Christen aus Regionen unter Herrschaft der Islamisten

Wie bereits erwähnt, flohen Christen, immer wenn die Rebellen vorrückten, entweder in die Gebiete unter der Kontrolle der Regierungstruppen von Assad oder in die von Kurden beherrschten Regionen. Die syrischen islamistischen Rebellen beherrschen einige Gebiete im Norden von Syrien wie Azaz, Jarabulus, Al-Bab und Afrin. Alle diese Gebiete gehören administrativ zur Provinz Aleppo. Hinzu kommen die Provinz Idlib sowie Teile der Provinzen Hama und Latakia, die von syrischen Islamisten sowie von der Türkei besetzt werden. Die Türkei behauptet zwar, dass diese Regionen unter Kontrolle der syrischen Opposition stehen, faktisch hat aber die Türkei die uneingeschränkte Herrschaft dort. Es handelt sich bei diesen Regionen, insbesondere Afrin, um syrische Staatsgebiete, die von der Türkei völkerrechtswidrig besetzt werden.²⁴ Mit Ausnahme von Afrin, das hauptsächlich von Kurden bewohnt war, sind diese Gebieten in der Regel mehrheitlich von arabischen Sunniten besiedelt.

Idlibs Christen lebten in der gleichnamigen Provinzhauptstadt und in einigen Dörfern wie Yacoubiya, Ghassania, Quenya und El Jadida. Auch in der Stadt Dschisr asch-Schughur lebten bis 2011 einige Christen. Vor dem Vorrücken der syrischen Rebellen, der FSA, der Al Nusra-Front oder des IS, sind die meisten Christen in die Regionen unter der Kontrolle von Assads

²⁴ <https://www.bundestag.de/blob/546854/07106ad6d7fc869307c6c7495eda3923/wd-2-023-18-pdf-data.pdf>

Irak und Syrien – Christen in Angst

Truppen geflohen. Auch wenn sich die FSA als moderat bezeichnete, ist kein großer Unterschied zwischen dem Verhalten ihrer Kämpfer gegenüber Christen und dem Verhalten der Mitglieder der Al Nusra Front oder des IS erkennbar. Wie viele Christen genau in Idlib lebten, ist nicht bekannt. Man geht von etwa 12.000 aus. Verschiedenen Quellen zufolge haben nahezu alle Christen Idlib verlassen.²⁵

3.2.3 Ende des christlichen Lebens unter der türkischen Besatzung

Wie bereits erwähnt leben kaum Christen in den Gebieten, die von den syrischen Islamisten und dem türkischen Militär beherrscht werden wie Afrin. Diese syrisch-kurdische Region war eine Oase der Glaubensfreiheit. Mit der Besatzung Afrins durch die türkische Armee im März 2018 wurde die jüngste christliche Gemeinde im Nahen Osten zerschlagen. Fast alle Christen sind aus Afrin geflohen oder wurden vertrieben. Dort treiben jetzt die mit der Türkei verbündeten Islamisten ihr Unwesen. In Afrin herrscht jetzt faktisch das islamische Scharia-Recht. Das trifft besonders Frauen und Andersgläubige hart. Doch wer sich dem nicht unterwirft, wird drakonisch bestraft. Afrin beherbergte außer sunnitischen Kurden auch kurdische Yeziden, Aleviten/Alawiten sowie Christen. Im Februar 2015, als ein GfbV-Mitarbeiter die Region besuchte, lebte dort nur noch ein Armenier mit seinem Sohn. Da das Gebiet im Norden und Westen nahezu vollständig von der Türkei und im Süden und Osten von syrischen islamistischen Rebellen abgeriegelt war, durften sich diese Armenier nur noch innerhalb von Afrin bewegen. Die anderen Christen in Afrin waren in den vergangenen Jahren zum Islam konvertiert. Laut der Evangelical Christian Union Church gab es dort vor dem Einmarsch der türkischen Armee ungefähr 200 bis 250 christliche Familien (etwa 1.200 Personen). All diese Christen mussten mit dem Einmarsch der türkischen Truppen aus Afrin fliehen. Dort leben jetzt keine Christen mehr.²⁶

3.3 Christen im Machtbereich der SDF

Syrien ist ein multiethnisches Land, obwohl die große Mehrheit arabisch ist. Die größte ethnische Minderheit stellen die Kurden dar. Sie sind nun auch zu einer eigenständigen Konfliktpartei geworden, auch weil viele von ihnen allein kurdische Interessen im Blick haben

²⁵ <http://www.bbc.com/arabic/in-depth-42613066>

²⁶ https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2018/2018-o5_Memorandum_Afrin_GfbV.pdf

Irak und Syrien – Christen in Angst

und eine autonome Selbstverwaltung ihrer Siedlungsgebiete nach Vorbild der autonomen Region Kurdistan im Irak anstreben. Die syrischen Kurden sind in weiten Teilen militärisch organisiert, kämpfen aber im Bürgerkrieg mehrheitlich auf keiner Seite. Sie wurden in den vergangenen Jahrzehnten vom Regime unterdrückt und sind daher keine Verbündeten von Präsident Assad. Allerdings kommt es auch nicht zu einer Allianz mit der restlichen syrischen Opposition, auch weil diese von der Türkei unterstützt wird und das Verhältnis zwischen Kurden und der Türkei vorbelastet ist durch die Jahrzehnte der Verfolgung der Kurden durch alle Regierungen der Türkei. Dort ist die auch in Deutschland verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) seit 1984 aktiv. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg²⁷ der Türkei gegen die kurdische Region Afrin im äußersten Nordwesten Syriens führte dazu, dass die Mehrheit der Kurden in Syrien endgültig mit der protürkischen syrischen Opposition brach. Die Kurden würden sich jetzt mehrheitlich für die Assad-Diktatur entscheiden und nicht für eine Herrschaft der Islamisten, die von der Türkei unterstützt werden.

Nach der Besetzung Afrins durch die Türkei im März 2018 beherrscht das von Kurden angeführte Militärbündnis „Syrische Demokratische Kräfte“ (Englisch Syrian Democratic Forces, kurz: SDF) noch die Region vom Euphrat bis Tigris im Nordosten von Syrien. In diesem Gebiet, in der Provinz al-Hasakeh, sind die christlichen Assyrer-Aramäer zu Hause. Hier fanden in den vergangenen Jahren auch viele Christen aus anderen Teilen des Landes Schutz.²⁸ Dieses Gebiet ist heute von besonderer Bedeutung: Kurdische Organisationen hatten das „Kurdengebiet“ im Norden des Landes in die drei Kantone unterteilt – ohne Absprache oder Zustimmung der Regierung in Damaskus oder anderer Staaten – und im Januar 2014 für autonom erklärt. Im Kanton Jazira, so wird die Provinz al Hasakeh genannt, erhielten Assyrer-Aramäer, die in dieser Region auf eine lange Tradition zurückblicken können, lange nicht gekannte Rechte: Ihre nahezu ausgestorbene Sprache Aramäisch wurde erstmalig in der Geschichte der Region als offizielle Sprache, auch im Schulunterricht, anerkannt. Darüber hinaus dürfen sie in Jazira ihre Religion frei ausüben und müssen sich nicht vor Diskriminierung fürchten. Eine Verfassung soll diese Rechte absichern. Die von islamistischen Gruppen regelmäßig attackierte Region ist für die Assyrer-Aramäer Syriens von zentraler Bedeutung,

²⁷ <https://www.bundestag.de/blob/546854/07106ad6d7fc869307c6c7495eda3923/wd-2-023-18-pdf-data.pdf>

²⁸ https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2016/Nordsyrien_Reisebericht_compressed.pdf

Irak und Syrien – Christen in Angst

müsste aber für ihr Überleben dringend Unterstützung von außen erhalten. Bedarf gibt es hier insbesondere beim Aufbau der schulischen Infrastrukturen, bei der Wasserversorgung und im Agrarsektor. Doch nicht alle christlichen Organisationen wollen mit der von Kurden dominierten autonomen Selbstverwaltung kooperieren. Oft fürchten die Christen Sanktionen seitens des Assad-Regimes oder der Türkei, wenn sie mit der „kurdischen Verwaltung“ zusammenarbeiten. Eng integriert in die autonome Selbstverwaltung ist die christliche Partei Suryoye-Einheitspartei (Syrian Union Party, SUP). Diese Partei hat auch eine eigene Miliz, die in die SDF eingegliedert ist.

Die SUP stellt den Vize-Präsidenten des Exekutiven Rates der Autonomiebehörde im Kanton Jazira.²⁹ Eine andere christliche Organisation, die Assyrische Demokratische Organisation (ADO), ist in der Opposition.³⁰ Während eines Aufenthaltes in al-Hasakeh 2019 bzw. in Qamischli trafen GfbV-Mitarbeiter auch Vertreter der ADO. Die ADO ist eine assyrische Organisation in Syrien sowie in Europa. Sie wurde 1957 gegründet. Die ADO kämpft nach eigener Darstellung für den Schutz und die Erhaltung der Interessen und Minderheitenrechte des assyrischen Volkes. Sie engagiert sich in der von syrischen Islamisten unterwanderten „Syrischen Nationalen“. Im Gegensatz zur ADO arbeitet die SUP eng mit der PYD zusammen und ist an allen politischen, administrativen und militärischen Strukturen der Autonomiebehörde in Nordsyrien beteiligt.

In al-Hasakeh besuchten GfbV-Mitarbeiter in den vergangenen Jahren mehrmals die Zentrale der christlichen Miliz Sutoro. Hierbei handelt es sich um eine christliche assyrisch-aramäische Miliz, die im Nordosten Syriens, vor allem in der Provinz al-Hasakeh, aktiv ist. Sie ist der SUP untergeordnet. Sutoro soll über mindestens 1.000 Kämpfer verfügen. Um das Jahr 2011 sollen in der gesamten Provinz al-Hasakeh (heute Kanton Jazira) nach eigenen Angaben 150.000 Christen gelebt haben, von denen seitdem mindestens die Hälfte ausgewandert ist.³¹

Die Staatsform des zukünftigen Syrien ist für Christen von existenzieller Bedeutung. Viele Christen in Nordsyrien unterstützten das Konzept der autonomen Selbstverwaltung. Viele

²⁹ Die SUP ist eine politische Partei in Syrien, die nach eigenen Angaben die Interessen des assyrischen-aramäischen Volkes vertritt.

³⁰https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2016/Nordsyrien_Reisebericht_compressed.pdf

³¹ Ebenda.

Irak und Syrien – Christen in Angst

oppositionelle Gruppen wollen jedoch „mehr Islam“ in allen staatlichen Strukturen. „Wir wollen aber ein demokratisches, pluralistisches, dezentrales, säkulares System in Syrien, das die Rechte alle Minderheiten garantiert“, sagte Abu Al-Majd, Angehöriger der christlichen Sutoro-Miliz aus al-Hasakeh.³² Die Selbstverwaltung in den von Kurden gehaltenen Gebieten Nordsyriens, das oft als „Rojava“ bezeichnet wird, garantiert die sprachlichen und kulturellen Rechte der christlichen Assyrer-Chaldäer-Aramäer. Die staatlichen Behörden der autonomen Selbstverwaltung verwenden in der Regel drei Sprachen: Arabisch, Kurdisch und Aramäisch. Diese Gleichberechtigung ist sehr wichtig, besonders für Aramäisch. Diese Sprache, die zu den bedrohten Sprachen gehört, findet in Rojava immer mehr Beachtung. Auch wenn Christen zahlenmäßig in der Minderheit sind, ist Aramäisch als amtliche Sprache in der Region eingeführt worden. Zum Beispiel findet man auf Schildern der Behörden der Autonomiebehörde auch Angaben auf Aramäisch. Auch in den christlichen Dörfern stehen mittlerweile dreisprachige Straßenschilder.

Hin und wieder kommt es zu Streitereien zwischen Christen, die mit der autonomen Selbstverwaltung arbeiten und denjenigen, die gegen die Autonomie sind. Im Sommer 2018 eskalierte der sogenannte „Schul- und Sprachenstreit“ in der Region. Auf Drängen der SUP veranlasste die selbsternannte „Autonome Selbstverwaltung“ in Jazira alle christlichen Privatschulen, die von verschiedenen christlichen Kirchen sowie von Privatpersonen, Angehörigen der assyrisch-aramäischen und armenischen Minderheit geführt werden, sich zu registrieren. Mit dieser Entscheidung sollte sich die aramäische Sprache im Unterricht, der Verwaltung und in den Lehrmaterialien an diesen Privatschulen durchsetzen. Dort wird in der Regel auf Arabisch unterrichtet. Die Schulen, Zeugnisse und Lehrmaterialien werden aber von der Regierung in Damaskus nicht anerkannt. Daher wehrten sich die Privatschulen gegen eine Registrierung bei der autonomen Verwaltung. Es kam auch zu Demonstrationen der Christen gegen die Schulpolitik der Autonomiebehörde, weil sie verhindern wollten, dass ihre Kinder keinen anerkannten Schulabschluss erwerben. Die Privatschulen befürchteten außerdem eine gewisse Ideologisierung der Lehrmaterialien durch die christliche Organisation SUP oder durch die in Nordsyrien regierende pro-kurdische Partei der Demokratischen Union (PYD). Die GfbV wandte sich damals an die Autonomiebehörde mit der Bitte, diesen Streit im Interesse aller

³² Interview mit dem Autor am 25.03.2016 in al-Hasakeh.

Irak und Syrien – Christen in Angst

Beteiligten zu lösen.³³ Auch das Oberhaupt der syrisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Ignatius Ephräm II. Karim, vermittelte in dem Streit.

3.4 Die Flucht der Christen aus Syrien

Wenn Christen aus Syrien ins Ausland fliehen, kommen zuerst die Nachbarländer Libanon, Jordanien oder Irak als Ziele in Frage. Ein Grund, warum viele Christen in diese Länder fliehen, sind ihre Verbindungen zu ihren „Mutterkirchen“ in diesen Ländern. Beispielsweise im Libanon angekommen, suchen die Flüchtlinge Hilfe bei den jeweiligen Kirchen, die im Libanon vorhanden sind. Da der libanesische Staat befürchtet, in den blutigen syrischen Bürgerkrieg hineingezogen zu werden, gewährt er den Geflüchteten oft nicht die notwendige Hilfe. Die libanesische Regierung wollte zunächst auch keine Camps für Geflüchtete einrichten, weil sie der Annahme war, dass sich diese Lager in Hochburgen von Rebellen verwandeln könnten. Außerdem war der Großteil der Geflüchteten muslimischen Glaubens. Deshalb wagten es viele Christen nicht, sich für Hilfsprogramme zu registrieren. Denn sie befürchteten, an islamistische Gruppen verraten werden zu können. Spürbar war diese Angst selbst dort, wo Aufnahmestaaten wie die Türkei Lager speziell für christliche Flüchtlinge einrichteten. Viele Flüchtlinge zogen es – wohl nicht immer ganz freiwillig – vor, in die Dörfer des Umlandes auszuweichen und bei den dort ansässigen christlichen Familien unterzukommen. Dies wird von den Gastgebern aber nicht als Dauerlösung erachtet. Problematisch ist auch, dass es durch die weite Zerstreuung der Geflüchteten keine Möglichkeit zur zentralen Informationsversorgung gibt, wie etwa über mögliche Asylangebote.

³³ <https://www.gfbv.de/de/news/christen-fuerchten-schliessung-ihrer-schulen-in-nordsyrien-9354/>

3.5 Handlungsempfehlungen und Forderungen an die Autonome Selbstverwaltung in Nordsyrien und die SDF

1. Es müssen sofort neue und bedingungslose Gespräche zwischen allen politischen Parteien einschließlich dem KNCS³⁴, der Nationalen Allianz der kurdischen Parteien³⁵ und der kurdischen Peşverû-Partei³⁶ sowie der ADO über die Erweiterung der Strukturen der autonomen Selbstverwaltung aufgenommen werden. Eine breite politische Basis der Selbstverwaltung wird sowohl die Überlebenschance von Rojava erhöhen als auch die Demokratie und die Menschen- und Minderheitenrechte stärken.
2. Es muss Sorge dafür getragen werden, dass die Arbeit der Behörden in Nordsyrien transparenter wird. Ohne Transparenz kann eine Verwaltung nicht lange erfolgreich funktionieren.
3. Es muss dafür gesorgt werden, dass das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung sowie die Pressefreiheit vollständig gewährleistet werden.

4. Handlungsempfehlungen und Forderungen an die deutsche Bundesregierung

Die deutsche Bundesregierung gewährt der syrischen Opposition seit Jahren Hilfe.³⁷ Oft wird die finanzielle Hilfe über die Türkei oder von der Türkei aus geleistet. Daher fordert die GfbV von der deutschen Bundesregierung, sich sowohl bei der türkischen Regierung als auch bei den syrischen islamistischen Gruppen, die Hilfe aus Deutschland erhalten, dafür einzusetzen, dass

1. die Gewalt islamistischer Kampfverbände der Opposition gegen die Zivilbevölkerung, insbesondere gegen Christen und andere Minderheiten eingestellt wird.

³⁴ KNCS (Der Kurdische Nationalrat Syrien) ist ein Bündnis von kurdischen Organisationen, die in einer totalen Opposition zu der Autonomen Selbstverwaltung in Nordsyrien steht und eng mit der von der Türkei unterstützten und von Islamisten unterwanderten syrischen Opposition zusammenarbeitet.

³⁵ Kurdisch: *Hevbendî*.

³⁶ Peşverû-Partei ist die älteste kurdische Partei in Syrien.

³⁷ <https://www.tagesspiegel.de/politik/49-millionen-euro-fuer-assad-gegner-bundesregierung-hilft-idlib-rebellen-in-syrien/23247768.html>

Irak und Syrien – Christen in Angst

2. alle oppositionellen Gruppen die Einhaltung der Menschenrechte garantieren. Oppositionelle Gruppen müssen in den von ihnen kontrollierten Gebieten die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit sowie Menschenrechte für alle gewährleisten. Sie müssen freien Zugang für internationale und lokale Kommissionen erlauben, die die Gefängnisse, die sie unterhält, untersuchen wollen.
3. die Verantwortlichen für schlimmste Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden.

Ferner wird die deutsche Bundesregierung aufgefordert,

1. dafür zu sorgen, dass der türkische Angriffskrieg und die völkerrechtswidrige Besetzung in Afrin international verurteilt werden; die türkische Armee muss sich aus diesem Gebiet und aus anderen Teilen Syriens zurückziehen. Die Politik der Türkei sorgt für mehr Instabilität, mehr Konflikte, mehr Geflüchtete und vor allem mehr radikalen Islam in Syrien. Der autonome Status von Afrin innerhalb Syriens muss wiederhergestellt werden.
2. dafür zu sorgen, dass die Zivilbevölkerung in ganz Syrien ausreichend mit Medikamenten und Lebensmitteln versorgt wird. Die Zivilbevölkerung muss vor Übergriffen geschützt werden.
3. alle Pläne in Kooperation mit anderen westlichen Regierungen, in Syrien militärisch zu intervenieren, nur dann in Betracht zu ziehen, wenn ein vollständiges Konzept für die Lösung der bestehenden innersyrischen Konflikte „auf dem Tisch liegt“. Die Minderheiten und die gesamte Zivilbevölkerung müssen nicht nur vor Assads Luftwaffe, sondern auch vor marodierenden bewaffneten Gruppen jeglicher Couleur vor Ort geschützt werden. Die Bevölkerung in Syrien darf nach einem militärischen Eingreifen nicht ihrem Schicksal überlassen werden, wie etwa in Somalia.
4. Unterstützung für jegliche oppositionellen Gruppen in Syrien daran zu knüpfen, dass in einer neuen Verfassung die sprachlichen, kulturellen und administrativen Rechte der Assyrer-Aramäer-Chaldäer, Kurden, Armenier und anderer ethnischen Minderheiten sichergestellt werden. Christen, Yeziden, Alewiten und Drusen müssen vollständige Glaubensfreiheit genießen.

Irak und Syrien – Christen in Angst

5. so schnell wie möglich eine internationale Syrienkonferenz einzuberufen. Auf dieser Konferenz muss ein Friedensprozess angestoßen werden, an dem alle Syrer, neben der Opposition und dem Regime auch alle Minderheiten, beteiligt sind. Außerdem müssen alle ausländischen Akteure an einer konstruktiven Lösung des Konflikts mitarbeiten.
6. dafür zu sorgen, dass die Zivilbevölkerung auch im autonomen selbstverwalteten Nordsyrien humanitär unterstützt wird, insbesondere bei der Bereitstellung von Trinkwasser und Strom. Auch die zivilgesellschaftlichen Hilfsorganisationen, die sich in Nordsyrien engagieren, sollten verstärkt finanziell unterstützt werden.
7. dazu beitragen, dass die Konflikte unter kurdischen Parteien sowie unter Kurden und Assyren-Aramäern-Chaldäern friedlich und im Sinner aller Beteiligten gelöst werden.
8. die türkische Regierung dazu zu bewegen, dass Grenzübergänge nach Nordsyrien, Afrin, Kobani und Qamischli dauerhaft für Personen, Handel und vor allem humanitäre Hilfe geöffnet werden.
9. die von der türkischen Regierung beabsichtigte „Schutzzone“ in Nordsyrien nicht zu unterstützen. Stattdessen sollte sich Ankara dort um einen Ausgleich mit den Christen und Kurden bemühen.